

Landkreis: Rems-Murr-Kreis
Gemeinde: Urbach
Gemarkung: Unterurbach

Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB und örtliche Bauvorschriften

Bebauungsplan Nr. 204

„Widerscheinstraße - Wolfsgasse“

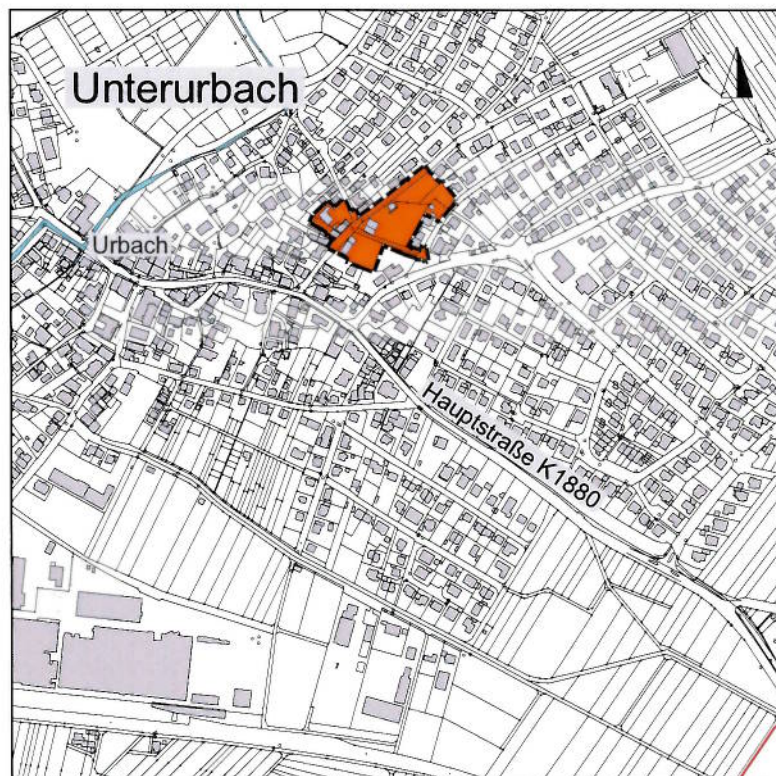
Begründung mit Nachtrag

Ziel, Zweck und wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes

1. Lage des räumlichen Geltungsbereiches

Das Plangebiet liegt im Ortskern von Unterurbach, an der Kreuzung Widerscheinstraße / Wolfsgasse. Im Nordwesten des Plangebiets befindet sich der ehemalige Farrenstall der Gemeinde, der heute als Museum genutzt wird.

Das Plangebiet umfasst die Flurstücke 137 (Lerchenstraße, teilweise), 138 (teilweise), 139 (Wolfsgasse), 140, 141, 171/2 (teilweise), 172/1, 172/2, 175, 2542/1, 2542/2 (teilweise), 2543, 2543/4, 2545, 2550 (Widerscheinstraße, teilweise) und 2595 (Polarstraße, teilweise) der Gemarkung Unterurbach.



2. Erfordernis der Planaufstellung

Gemäß § 1 (3) und § 2 (1) BauGB sind die Bauleitpläne von den Gemeinden in eigener Verantwortung aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist.

In der Gemeinde Urbach besteht ein anhaltender Bedarf nach Baugrundstücken. Im Sinne einer Maßnahme der Innenentwicklung (vgl. § 13a BauGB) sollen innerhalb der Ortslage liegende Baulücken bzw. brachgefallene Bereiche einer Bebauung zugeführt werden. Die teilweise noch nicht verkehrsgerecht ausgebauten Straßen „Widerscheinstraße“ und „Wolfsgasse“ sollen umgestaltet werden, hier insbesondere der Kreuzungsbereich der beiden Straßen. Der Bereich um den Farrenstall ist ebenfalls einbezogen.

Zur Steuerung der städtebaulichen Entwicklung in diesen Bereichen ist die Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich.

3. Planerische Vorgaben

Das gesamte Plangebiet ist im Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbandes Plüderhausen-Urbach als Wohnbaufläche dargestellt.

4. Topografie, momentane Nutzung

Das Gelände fällt gleichmäßig mit ungefähr 4 % von ca. 276 m üNN im nördlichen Bereich der Widerscheinstraße in südwestliche Richtung auf ca. 270 m üNN.

Das Plangebiet zeigt sich in seinem nördlichen Teil als unbebaute Wiesenfläche mit Baumbestand. Östlich entlang der Widerscheinstraße befinden sich drei Wohngebäude mit Nebengebäuden, die mit Ausnahme von Gebäude Widerscheinstraße 20 leer stehen. In den rückwärtigen Bereichen der leerstehenden Gebäude sind teilweise Schuppen bzw. Hütten vorhanden. Entlang der Lerchenstraße im östlichen Bereich des Plangebiets befinden sich ein neueres Wohnhaus und mehrere Nebenanlagen.

Der Bereich des ehemaligen Farrenstalls und das Wohnhaus Ecke Widerscheinstraße/ Polarstraße ist zur Steuerung der weiteren Entwicklung ebenfalls in den Geltungsbereich einbezogen. Das Wohnhaus ist sehr stark sanierungsbedürftig und steht leer. Der Farrenstall beherbergt ein heimatkundliches Museum, dessen Vorplatz wird bei verschiedenen Anlässen für den Festbetrieb genutzt.

5. Städtebauliche Zielsetzung und Planung

Ziel der Planung ist die bedarfsgerechte Schaffung von Wohnbauplätzen auf brachgefallenen bzw. untergenutzten Flächen in innerörtlicher Lage. Im Zuge dessen sollen auch die betroffenen Verkehrsflächen neu geordnet werden. Durch den Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen und die städtebauliche Entwicklung gesteuert werden.

Das Baukonzept sieht entsprechend der Nachfrage in Urbach eine Auswahl an unterschiedlich großen Baugrundstücken vor, auf denen Wohngebäude in Form von Einzelhäusern mit maximal 15 Meter Länge verwirklicht werden können. Städtebauliche Ausnahme in diesem Konzept bildet das südliche Eckgrundstück Widerscheinstraße/Wolfsgasse, wo aufgrund der Lage und der gegebenen Topographie auch ein kleines Mehrfamilienhaus (max. 6 Wohnungen) mit unterirdischer Parkierung vorstellbar ist.

Insgesamt ist durch eine ausreichend bemessene Traufhöhe gewährleistet, dass (bei entsprechendem Bauwunsch) Gebäude mit zwei voll nutzbaren Geschossen errichtet werden können. Die mögliche Bebauung fügt sich damit in den Rahmen der weiteren Umgebung ein und trägt der zentralen Lage Rechnung. Da die Gesamthöhe der Gebäude durch die Festsetzung einer maximalen Firsthöhe begrenzt ist, ergeben sich jedoch bei voll zweigeschossiger Bebauung zwangsläufig flacher geneigte Dächer, was durch eine weite Spannung bei der Dachneigung ermöglicht wird. Bei niedrigerer Traufhöhe, z.B. bei 1,5 geschossiger Bebauung, sind unter Einhaltung der maximalen Firsthöhe entsprechend höhere Dachneigungen möglich.

Die Wohnungszahl ist, mit Ausnahme des Mehrfamilienhauses auf dem Eckgrundstück Widerscheinstraße/Wolfsgasse auf max. 3 Wohnungen beschränkt, wodurch ggf. gewünschte kleine Einliegerwohnungen realisierbar sind.

Entsprechend der beabsichtigten Nutzung wird ein allgemeines Wohngebiet (WA) festgesetzt, die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind zur Vermeidung von Konflikten mit der geplanten und vorhandenen Wohnnutzung nicht Bestandteil der Planung. Für das Areal des ebenfalls in den Geltungsbereich einbezogenen ehemaligen Farrenstalls, wird entsprechend der heutigen Nutzung als Museum eine Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „kulturelle Einrichtung“ festgesetzt. Das festgesetzte Baufenster ermöglicht eine bereits angedachte geringfügige bauliche Erweiterung des Museums.

Aufgrund der Lage innerhalb des gewachsenen Bauzusammenhangs nahe dem Ortskern wird die Dachform Satteldach (SD) mit den Unterformen Walmdach (WD) und versetztes Satteldach (vSD) festgesetzt.

Hinsichtlich der öffentlichen Verkehrsflächen ist vorgesehen, dass die einbezogenen Abschnitte verkehrsgerecht ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere für die Ausgestaltung der bisher sehr unübersichtlichen Kreuzung Widerscheinstraße/Wolfsgasse sowie für die Führung der Fußgänger in der Wolfsgasse. Zur Verbesserung der Situation dort ist die Schaffung eines separat geführten Gehwegs auf der Nordseite der Wolfsgasse geplant, die Fahrbahn wird auf ein verkehrsgerechtes Maß verbreitert.

6. Maßnahmen zum Schutz der Natur / stadökologisch wirksame Maßnahmen

Zur Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes ist innerhalb des Plangebiets unter anderem ein flächiger Pflanzzwang auf den Baugrundstücken festgesetzt.

Des Weiteren strebt das Plankonzept generell eine möglichst geringe Versiegelungsrate an. Neben einer möglichst geringen Straßenbreite auf das für die Erschließung unumgängliche Maß sind Stellplätze wasserdurchlässig auszuführen. Damit wird eine Verstärkung der Hochwassergefahr durch das Vorhaben vermindert und die Grundwasserneubildung verbessert.

Bei Baumaßnahmen ist festgesetzt, dass der Mutterboden zu sichern, gegebenenfalls auf einer anzulegenden Oberbodenlagerfläche zu lagern ist und nach beendeter Baumaßnahme auf den jeweiligen Grundstücken oder einer landwirtschaftlichen / gärtnerisch genutzten Fläche wieder einzubauen ist.

7. Kennzeichnungspflichtige Flächen

Kennzeichnungspflichtige Flächen nach § 9 (5) BauGB sind nach vorliegenden Erkenntnissen nicht vorhanden.

8. Ver- und Entsorgung

Die Ver- und Entsorgung ist durch Anschluss an die umliegend vorhandene Infrastruktur sicherzustellen.

9. Planstatistik

Gesamtfläche des Plangebietes	ca.	87 Ar
Verkehrsfläche (Straßen und Gehwege)	ca.	18 Ar
Gemeinbedarfsfläche „Museum Farrenstall“	ca.	9 Ar
Allgemeines Wohngebiet	ca.	60 Ar

10. Besitzverhältnisse, bodenordnende Maßnahmen

Die Grundstücke befinden sich teilweise im Privateigentum. Die Neuordnung der Grundstücksverhältnisse und Bildung der Baugrundstücke wird über eine Baulandumlegung angestrebt.

11. Auswirkungen der Bauleitplanung / Beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB

Das Bebauungsplanverfahren wird als Verfahren nach §13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) durchgeführt, da es sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung handelt. Die Anforderungen hinsichtlich der maximalen Grundfläche nach § 13a (1) Nr. 1 BauGB sind erfüllt. Anhaltspunkte für die Beeinträchtigung von FFH- und Vogelschutzgebieten bestehen nicht. Die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Umweltprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht bedürfen, wird nicht begründet. Eine Eingriffs-/Ausgleichsbilanz und ein naturschutzrechtlicher Ausgleich sind nicht notwendig, weil Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind im Sinne des § 1a (3) Satz 5 BauGB bereits als vor der planerischen Entscheidung erfolgt gelten sind oder zulässig waren.

Eine eventuelle Betroffenheit von geschützten Arten durch die vorliegende Planung wurde im Rahmen einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung abgeprüft (siehe Anlage zur Begründung). Zur dauerhaften Erhaltung und Sicherung von Einzelbäumen wird, um potenzielle Fortpflanzungs- und Ruhestätten dauerhaft zu erhalten, der Walnussbaum als Pflanzbindung festgesetzt (vgl. V2, Maßnahmen zur Vermeidung). Der Feldahorn (befindet sich auf dem geplanten Gehweg) und der Obstbaum können nicht erhalten werden. Ein entsprechender Ausgleich ist dafür notwendig. Weiterhin werden, um Verbotstatbestände zu vermeiden, Fledermausquartierkästen aufgehängt.

Gefertigt:

Plüderhausen, den 29.01.2013/ 01.10.2013

Vermessungsbüro Käser

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur, Amtssitz Fellbach

Anlage zur Begründung:

Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung

bearbeitet durch

Landschaftsökologie + Planung
Bruns, Stotz & Gräßle Partnerschaft

Reinhardstraße 11, 73614 Schorndorf

Landkreis: Rems-Murr-Kreis
Gemeinde: Urbach
Gemarkung: Unterurbach

Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB und örtliche Bauvorschriften „Widerscheinstraße - Wolfsgasse“, Nr. 204

Nachtrag zur Begründung

Eingegangene Anregungen anlässlich der Öffentlichen Auslegung vom 08.02.2013 bis 08.03.2013:

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschluss
1. Landratsamt Rems-Murr-Kreis vom 06.03.2013	<p>Aufgrund der Fachbehördenbeteiligung liegen der Geschäftsstelle für Genehmigungs- und Planverfahren folgende Informationen vor:</p> <p>1. <u>Baurecht</u></p> <p>Keine Bedenken</p> <p>Hinweis:</p> <p>Das Gebäude Widerscheinstraße 19 ist ein Kulturdenkmal i.S.v. § 2 DschG. Vor Abbruch des Gebäudes ist ein förmliches denkmalrechtliches Verfahren durchzuführen.</p> <p>2. <u>Umweltschutz</u></p> <p>Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p>Die Prüfung des Artenschutzes ergab Folgendes:</p> <p>Eine artenschutzrechtliche Übersichtsbegehung wurde durchgeführt. In den Gebäuden konnte das Vorkommen artenschutzrechtlich geschützter Arten ausgeschlossen werden. Geeignete Baumhöhlen als Nist- und Quartiermöglichkeiten für Vögel und Fledermäuse wurden in den Freiflächen festgestellt. Artenvorkommen wurden jedoch nicht kartiert. Um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände zu vermeiden, wurden der Erhalt der Höhlenbäume sowie die Beschränkung der Baufeldfreimachung auf Anfang Oktober bis Ende Februar vorgeschlagen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschluss
	<p>In der Begründung zum Bebauungsplan wird erwähnt, dass ein Höhlenbaum nicht erhalten werden kann. Ein durch das Pflanzgebot geschützter Höhlenbaum steht direkt an der Grenze des Baufensters, der Wurzelraum ist bereits innerhalb des Baufensters. Erfahrungsgemäß sind solche Baumstandorte nicht dauerhaft zu erhalten (Baugrube, Baubetrieb, Hausfassade etc.) und verlieren ihre Lebensraumqualität insbesondere für Höhlenbrüter.</p> <p>Eine naturschutzfachliche und artenschutzrechtliche Beurteilung ist anhand der vorliegenden Unterlagen und durch die veränderten Planungsaspekte nicht möglich. Eine Ergänzung und erneute Vorlage ist erforderlich.</p> <p>Immissionsschutz</p> <p>Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Grundwasserschutz</p> <p>Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Bodenschutz</p> <p>Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Altlasten und Schadensfälle</p> <p>Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Im Plangebiet sind keine Flächen im Altlasten- und Bodenschutzkataster erfasst.</p> <p>Kommunale Abwasserbeseitigung</p> <p>Bei der Ausführung ist die Vorgabe des § 45b Abs. 3 Wassergesetz zu beachten, wonach Niederschlagswasser von bebauten, befestigten oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossenen Grundstücken grundsätzlich durch Versickerung oder ortsnahe Einleitung in ein oberirdisches Gewässer beseitigt werden soll, sofern dies mit vertretbarem Aufwand und schadlos möglich ist.</p>	<p>Auf die Pflanzbindung des Obstbaumes wird im weiteren Verfahren verzichtet, da der Baum auf Grund der Baumaßnahmen wohl seine Lebensqualität für Höhlenbrüter verlieren wird und damit ein Eingriff in potenzielle Fortpflanzungs- und Ruhestätten nicht vermieden werden kann. Der Eingriff wird entsprechend dem Maßnahmenvorschlag der artenschutzfachlichen Übersichtsbegehung ausgeglichen.</p> <p>Überarbeitete und ergänzte Planunterlagen werden dem Landratsamt Rems-Murr-Kreis, Umweltschutzbehörde erneut zur Stellungnahme vorgelegt. (ergänzende naturschutzfachliche Stellungnahme: siehe unten)</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Im Bereich des Plangebiets, direkt angrenzend an den alten Ortskern von Urbach, ist keine Trennkanalisation vorhanden. Die Einrichtung einer getrennten Ableitung wäre mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden, zumal kein geeigneter Vorfluter in der Nähe ist. Die vorhandene Mischwasserkanalisation ist ausreichend leistungsfähig, um die im Plangebiet anfallenden Wassermengen aufzunehmen.</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschluss
ergänzende natur- schuttfachliche Stellungnahme Landratsamt Rems-Murr-Kreis vom 29.08.2013	<p>Gelangt man aufgrund hydrogeologischer, örtlicher oder finanzieller Gegebenheiten zu dem Ergebnis, dass eine dezentrale Beseitigung des Niederschlagswassers nicht machbar ist, so sind die entsprechenden Nachweise/Entscheidungsfindungen vorzulegen.</p> <p>Gewässerbewirtschaftung Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Hochwasserschutz und Wasserbau Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>3. <u>Gesundheit</u> Keine Bedenken</p> <p>4. <u>Kommunalrecht</u> Keine Bedenken</p> <p>5. <u>Straßen</u> Keine Bedenken</p> <p><u>Eingereichte / bewertete Planunterlagen</u> Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung vom 05.08.2013</p> <p>Art der Beteiligung/Äußerungen/Stellungnahme in der Bauleitplanung:</p> <ul style="list-style-type: none"> Keine Bedenken aus naturschutzfachlicher Sicht. Die Belange des Artenschutzes wurden durch die Bestandsaufnahme und die anschließende artenschutzrechtliche Prüfung bearbeitet. Zum Erhalt des Quartierspotenziales als Tagesquartiere für Fledermäuse (konnte in der SaP nicht ausgeschlossen werden) wird das verbindliche Aufhängen von mind. 5 Fledermausquartierkästen empfohlen, um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände zu vermeiden. Die Maßnahme (Auswahl der Kästen und Standorte) ist durch einen Sachkundigen vor dem Eingriff auszuführen. 	<p>Zur Minimierung der anfallenden Wassermengen wird im Bebauungsplan empfohlen, das anfallende Dachwasser auf dem Baugrundstück in Zisternen zurückzuhalten und zu Brauchwasserzwecke zu sammeln.</p> <p>Eine Versickerung im Plangebiet ist aufgrund der anstehenden Böden nicht ausreichend leistungsfähig.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung. In Absprache mit dem Landratsamt werden Standorte und Art der Fledermauskästen gewählt.</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschluss
2. Regierungspräsidium Stuttgart vom 07.03.2013	<p>Das Regierungspräsidium Stuttgart nimmt als höhere Raumordnungsbehörde sowie aus Sicht der Abteilung 8 - Landesamt für Denkmalpflege - zu o.g. Planung folgendermaßen Stellung:</p> <p>Raumordnung</p> <p>Aus raumordnerischer Sicht bestehen gegen die Planung keine Bedenken. Die Überplanung von Brachflächen bzw. ungenutzten Flächen im Innenbereich zur Schonung des Außenbereichs werden grundsätzlich begrüßt. Festsetzungen in der Raumnutzungskarte des Regionalplans Stuttgart stehen der Planung nicht entgegen.</p> <p>Gemäß § 26 Abs. 3 LplG wird gebeten, dem Regierungspräsidium eine Mehrfertigung des Planes nach der Genehmigung oder Erlangung der Verbindlichkeit zur Aufnahme in das Raumordnungskataster im Originalmaßstab und wenn möglich in digitaler Form zugehen zu lassen.</p> <p>Denkmalpflege</p> <p>Das Referat Denkmalpflege hat mit Schreiben vom 07.03.2011 an die STEG (Stuttgart) zu den Vorbereitenden Untersuchungen im Sanierungsgebiet Ortskern IV Stellung genommen. Dort wurde unter anderem auf die Verdichtung historischer Bausubstanz in der Widerscheinstraße hingewiesen, „die sehr anschaulich sowohl größere und typische ehemalige Bauern-/Weingärtnerhäuser des 17./18. Jhs. aufweist als auch die für die historische Sozialtopographie charakteristischen, schlichten Seldenhäuser in ehemaliger Ortsrandlage.“</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschluss
	<p>Weiter wurde auf das Kulturdenkmal Widerscheinstraße 19 deutlich hingewiesen, ein Seldnerhaus von 1788. Zusammen mit dem benachbarten Seldnerhaus Widerscheinstraße 17 und dem gegenüberliegenden Bauernhaus Widerscheinstraße 10 (beides erhaltenswerte Gebäude) dokumentiert das Kulturdenkmal Widerscheinstraße 19 die für Urbach typische Ansiedlung von Seldnern an den Ortsrändern im späten 18. Jahrhundert und der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diese Seldnerhäuser sind innerhalb der Ortsbebauung auch deshalb wichtig, weil sie den Maßstab für die Bewertung der stattlichen Bauernhäuser geben. An der Erhaltung dieses Gebäudes, das aufgrund seines gut überlieferten Baubestandes ein anschauliches Beispiel eines Seldnerhauses darstellt, besteht aus wissenschaftlichen, d.h. hauskundlichen und sozialgeschichtlichen, Gründen ein öffentliches Interesse. Das Haus ist für die Ortsgeschichte Urbachs ein wichtiger baulicher Beleg, insbesondere für die historische Sozialtopografie. [Bilder]</p> <p>Zum im Bebauungsplan vorgesehene Abbruch des Kulturdenkmals bestehen erhebliche Bedenken, zumal ein notwendiges denkmalschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit den üblichen Prüfungen noch überhaupt nicht angelaufen ist.</p> <p>Angesichts der in unmittelbarer Nachbarschaft stattfindenden Würdigung und Dokumentation der Urbacher Ortsgeschichte im Museum Alter Farrenstall regen wir dringend an, das Seldnerhaus Widerscheinstraße 19 als auf den ersten Blick zwar unscheinbares, aber deshalb nicht weniger bedeutendes Stück der Ortsgeschichte zu erhalten, neu zu nutzen oder ggf. auch in den benachbarten Museumsbetrieb als weiteren Baustein bzw. als ohnehin angedachte Erweiterung einzubeziehen.</p> <p>Aus Sicht der archäologischen Denkmalpflege sein darauf hingewiesen, dass durch den vorliegenden Bebauungsplan im Bereich des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Ortskerns Unterurbach (siehe Kartierung unten) Belange der Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit berührt sein können. Innerhalb der Plangrenzen ist im Zuge von Aushub- und Leitungsarbeiten in nicht tief greifend gestörten Arealen mit archäologischen Funden und Befunden zu rechnen, die wichtige Aufschlüsse zur frühen Siedlungsentwicklung von Unterurbach geben können.</p>	<p>Ein Hinweis auf den Denkmalschutz ist im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans und in der Begründung enthalten.</p> <p>Ein Abbruch des Gebäudes Widerscheinstraße 19 ist derzeit nicht geplant und wird durch die Einbeziehung in den Geltungsbereich auch nicht vorgegeben. Ein denkmalschutzrechtliches Genehmigungsverfahren wurde deshalb nicht eingeleitet.</p> <p>Kenntnisnahme. Das Gebäude ist im Eigentum der Gemeinde. Über die Art der künftigen Nutzung kann derzeit keine Aussage getroffen werden.</p> <p>Kenntnisnahme. Ein entsprechender Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen.</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschluss
	<p>Ausdrücklich hingewiesen wird auf die Regelungen der §§ 20 und 27 Denkmalschutzgesetz zum Fund von Kulturdenkmälen, die auch im Textteil der Planung enthalten sind. Sollten bei der Durchführung der vorgesehenen Arbeiten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind gemäß § 20 DSchG Denkmalbehörde(n) oder Gemeinde umgehend zu benachrichtigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, bzw. auffällige Erdverfärbungen) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Regierungspräsidium Stuttgart (Referat 86 – Denkmalpflege) mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen. Ausführende Baufirmen sind schriftlich in Kenntnis zu setzen. [Grafik]</p> <p>Die Untere Denkmalschutzbehörde des Landratsamtes erhält eine Mehrfertigung dieser Stellungnahme.</p> <p>Herr Dr.-Ing. Martin Hahn, Planungsberatung Ref. 86 Denkmalpflege Tel. 0711/904-45183, martin.hahn@rps.bwl.de</p>	<p>Kenntnisnahme. Ein Hinweis auf diese Rechtslage ist im Bebauungsplan enthalten.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

Gefertigt:
Plüderhausen, den 01.10.2013
Vermessungsbüro Käser
Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur

